

Administrative Regierung Bundesstaat Sachsen
Deutsches Reich/Deutschland

www.Staatenbund-DeutschesReich.info

in der Funktion des persistent objector

Zentrale Verwaltung

www.bundesstaat-sachsen.info

Vereinigte Staaten von Amerika

Botschaft

S.E. Mr. Präsident Trump

S.E. Herr Botschafter Richard A. Grenell

Clayallee 170

[14191] Berlin

per Fax: 030 830 510 50

Zur Kenntnis mit der Bitte um Hilfe

an den Präsidenten der Russischen Föderation

S.E. Herr Präsident W.W. Putin

Staraja Ploshchad d.4

103132 Moskau

per Fax: 007 495 6060 766

Russische Föderation

Botschaft

S.E. Herr Botschafter Sergej J. Netschajew

Unter den Linden 63-65

[10117] Berlin

per Fax: 030 229 93 97

Dresden am 08. Oktober 2018

Anlage: - Nachmeldung zu Strafantrag und Strafanzeige Eilantrag
vom 18. Juli 2018, Az.: SfV MSR 18/01

Ersuchen um Weiterleitung an die zuständige Staatsanwaltschaft

der anliegenden Strafanzeige zur Erhebung der Öffentlichen Klage - zur sofortigen Abhilfe und Beseitigung des Notstandes gemäß Völkervertragsrecht und Haager Landkriegsordnung auf dem Staatshoheitsgebiet des Staates Bundesstaat Sachsen beim Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für eine nach den gesetzlichen Vorbedingungen strafbare Handlung.

Sehr geehrte Exzellenz Herr Präsident Trump,
sehr geehrte Exzellenz Herr Botschafter Grenell!

Wir ersuchen Sie, die Alliierten Westmächte als Verantwortliche für die Installierung der Alliiertenverwaltung „BRD“ sowie deren Abwicklung, um Ihre Hilfe zur Weiterleitung

Poststelle: Lohrmannstr. 20 [01237] Dresden

Tel.: 0351 20854661 Fax: 035938 98567

E-Post: zentrale-verwaltung@bundesstaat-sachsen.net

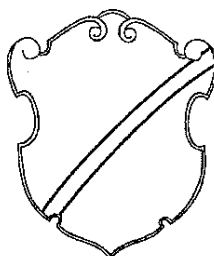
unserer Strafanzeige an die gemäß Legalitätsprinzip für die Erhebung der öffentlichen Klage zuständige Staatsanwaltschaft.

Hochachtungsvoll



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Katrin a.d.F. Ackermann', followed by a horizontal line.

Katrin a.d.F. Ackermann
Bereich innere Angelegenheiten
administrative Regierung Bundesstaat Sachsen
im Rechtsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs,
Verfassungsstand gemäß Notwahl vom 21. Januar 2016



Administrative Regierung Bundesstaat Sachsen
Deutsches Reich/Deutschland

www.Staatenbund-DeutschesReich.info

in der Funktion des persistent objector

Verkehrsamt

www.bundesstaat-sachsen.info

An die
zuständige Staatsanwaltschaft

Dresden am 08. Oktober 2018

Az.: ZV MSR 18/05

- Bezug:** - Strafantrag und Strafanzeige vom 18. Juli 2018, Az.: SfV MSR 18/01
- Anlagen:**
- Schreiben der POLIZEIDIREKTION Dresden „Sicherstellung/Verwahrung des Fahrzeuges ...“ vom 14. August 2018 , Az.: V-255/2018
 - unser Schreiben „Öffentliche Niederschrift und Anordnung“ vom 20. August 2018, Az.: VA MSR 18/04
 - Schreiben der POLIZEIDIREKTION Dresden „Sicherstellung/Verwahrung des Fahrzeuges ...“ vom 27. August 2018 , Az.: V-255/2018
 - unser Schreiben „Öffentliche Anordnung zur Herausgabe der Rechtsgrundlage der polizeilichen Wegnahme des Fahrzeuges mit amtlichem Kennzeichens „II 159““ vom 4.09.2018, Az.: VA MSR 18/05
 - Rechnung der POLIZEIDIREKTION Dresden vom 27.09.2018 mit Buchungskennzeichen 037000327209
 - unser Schreiben „Öffentliche Rücksendung unzustellbarer Postsendung“ vom 05.10.2018, Az.: ZV MSR 18/01

Nachmeldung zu Strafantrag und Strafanzeige

Eilantrag

(siehe Bezug)

zur Erhebung der Öffentlichen Klage - zur sofortigen Abhilfe und Beseitigung des Notstandes gemäß Völkervertragsrecht und Haager Landkriegsordnung auf dem Staatshoheitsgebiet des Staates Bundesstaat Sachsen

gemäß Ihrer Verpflichtung zum Einschreiten, sobald sich tatsächliche Anhaltspunkte für eine nach den gesetzlichen Vorbedingungen strafbare Handlung zeigen,

hier:

- Behinderung der Reorganisation
- Personenstands Fältschung
- Mißbrauch der Namensrechte
- Entzug der Bodenrechte
- Verstoß gegen Menschenrechte
- Rechtsbeugung im angeblichen „Amt“
- Nötigung
- Willkür

Poststelle: Lohrmannstr. 20 [01237] Dresden

Tel.: 0351 20854661 Fax: 035938 98567

E-Post: zentrale-verwaltung@bundesstaat-sachsen.net

Erpressung
Verleumdung
Entreichung

der / gegen die Frau [REDACTED], Staatsangehörige des Bundesstaats Sachsen und Vertreterin der administrativen Regierung des Bundesstaats Sachsen

gegen:

die Bundesrepublik Deutschland, die Mitarbeiter der BRD-Firma „POLIZEIDIREKTION DRESDEN“:

Herrn Polizeipräsident [REDACTED] Tel.: 0351 483-0
Herrn Leiter Sachgebiet [REDACTED]
Frau Ansprechpartnerin [REDACTED] Tel.: 0351 4832338
Schießgasse 7
[01067] Dresden

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Ihnen aus der im Bezug genannten Strafanzeige bereits bekannt ist, wurde unserer Staatsangehörigen im Rahmen einer POLIZEI-Kontrolle am 28. April 2018 ihr ordnungsgemäß im Bundesstaat Sachsen angemeldetes Fahrzeug weggenommen.

Unserer mehrmaligen Aufforderung zur Herausgabe des Richterbeschlusses und des Fahrzeuges kamen die POLIZEI-Bediensteten nicht nach. Sie gaben das Verfahren an die übergeordnete „Behörde“, die POLIZEIDIREKTION DRESDEN, welche unserer Aufforderung zum Vorzeigen des Richterbeschlusses und Herausgabe des vollständigen Fahrzeuges - d.h. vollständig mit KFZ-Kennzeichen - wiederum ignorierten und stattdessen die Vernichtung des Fahrzeuges veranlaßten. Eine Rechnung für die Kosten der POLIZEI-Aktion, adressiert an eine der Fahrzeugeigentümerin namensähnliche Person, wurde im Büro-Briefkasten vom Bundesstaat Sachsen gefunden.

Wir Ersuchen Sie um Prüfung und Erhebung der Öffentlichen Klage zur Wahrung des Menschenrechts auf Staatsangehörigkeit und Eigentum und auch, um dem Etablieren eines Polizeistaates und dem Völkermord am indigenen, autochthonen Volk der Sachsen entgegenzuwirken.

Hochachtungsvoll



Kcb = a.d.F. A

Katrin a.d.F. Ackermann
Bereich innere Angelegenheiten
administrative Regierung Bundesstaat Sachsen
im Rechtsstand 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs,
Verfassungsstand gemäß Notwahl vom 21. Januar 2016

